

der etablierten Ordnung – die USA und ihre Partner in Europa und Asien – zusammenhalten: Es müsse sowohl in Asien regionale Unterstützung kultiviert als auch die transatlantisch-transpazifische Kooperation intensiviert werden.

Zwar erfindet die „Strategie für ein Trans-Pazifisches Jahrhundert“ des Atlantic Council das Rad nicht neu. Doch sie vermittelt zwei Einsichten, die es in Europa zu durchdenken gilt: Die bisherige Sprachlosigkeit zwischen den „Transatlantikern“ und den „Transpazifikern“ muss überwunden werden, wenn der Westen die regelbasierte internationale Ordnung bewahren will. Ob es gelingt, hängt maßgeblich von den USA als dem unverzichtbaren Schlüsselstaat ab. Gut ein Jahr nach dem Amtsantritt von Donald Trump stehen die Chancen dafür leider nicht gut.

http://www.atlanticcouncil.org/images/ACSP_ASIA_STRATEGY_No12_FINAL11.pdf

Globale Trends und Probleme

United Nations Office on Drugs and Crime: World Drug Report 2017. Wien: Vereinte Nationen 2017.

Besprochen von **Fabien Merz**, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich
E-Mail: fabien.merz@sipo.gess.ethz.ch

<https://doi.org/10.1515/sirius-2018-0016>

Der „World Drug Report“ des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) wird seit 1997 jährlich publiziert. Diese Publikationsreihe ermöglicht eine Übersicht über die globalen Trends im Bereich der Drogenproduktion, des Konsumverhaltens sowie der gesundheitlichen Auswirkungen des Drogenmissbrauchs in den vergangenen 20 Jahren. Für die Datenerhebung stützen sich diese Berichte auf von den Mitgliedsstaaten zur Verfügung gestellten Statistiken.

Jährlich wird neben dem Aktualisieren der globalen, mit Drogen zusammenhängenden Trends auch ein weiteres für die Staatengemeinschaft relevantes Kernthema aufgearbeitet, bei dem es Wechselwirkungen mit der internationale Drogenproblematik und der Drogenpolitik gibt. In der diesjährigen Ausgabe beleuchtet der Bericht die Wechselwirkungen zwischen organisierter Kriminalität, Korruption, illegalen Finanzströmen und Terrorismus mit dem Anbau, der Produktion sowie dem Schmuggel von Drogen. Für sicherheitspolitisch Interessierte als besonders relevant dürfte sich die Abhandlung des Nexus' zwischen im Bereich des organisierten Verbrechens angesiedelter Drogenproduktion und Schmuggel sowie der Beteiligung terroristischer Gruppen am Drogenhandel erweisen.

So wird im aktuellen Bericht unter anderem die Rolle, welche die Taliban bei der Opiumkultivierung in Afghanistan spielen, hervorgehoben. Es wird festgehalten, dass laut Schätzungen bis zu 85 % des Anbaus von Schlafmohn in Afghanistan in von den Taliban kontrollierten Gebieten angesiedelt sind und dass bewaffnete Gruppierungen in Afghanistan im Jahr 2016 rund 150 Millionen US-Dollar an der Opiumkultivierung und dem Schmuggel verdient haben. Diese Dynamik wirkt sich nicht nur negativ auf die Sicherheitslage in der Region aus, sondern hat auch einen Einfluss auf die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, transnationale Heroinflüsse einzudämmen und Heroinmärkte auszutrocknen. Im Bericht wird ebenfalls prominent aufgeführt, dass sich ein ähnliches Phänomen lange auch in Südamerika feststellen liess, wo sich die FARC (*Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia*) während Jahrzehnten unter anderem am Anbau von Cocasträuchern beteiligt und an der Produktion sowie dem Schmuggel von Kokain mitverdient hat. Da sich die FARC nach der Unterzeichnung des Friedensabkommen mit der kolumbianischen Regierung 2016 im Rahmen der Demobilisierung dazu verpflichtet hat, sich aus dem Drogengeschäft zurückzuziehen, wird sich in den nächsten Jahren zeigen, welche Auswirkungen dies mittel- bis langfristig auf den regionalen sowie auf den globalen Kokainmarkt haben wird.

Neben diesen beiden gut dokumentierten Fallbeispielen wird von den Autoren festgehalten, dass ein besseres Verständnis des Zusammenhangs zwischen organisierter Drogenkriminalität und Terrorismus aufgrund der fehlenden empirischen Datenlage leider kaum zu erreichen sei. Medienberichte, wonach sich der so genannte „Islamische Staat“ (IS) an der Produktion und dem Schmuggel von Captogen, einer amphetaminähnlichen Substanz, beteiligt hat und zum Teil auch als Endnutzer dieser Substanz in Erscheinung getreten ist, kann laut den Autoren aufgrund fehlender Nachweise nicht bestätigt werden. Gleich verhält es sich laut der UNODC im Übrigen auch mit Medienberichten, wonach sich die hauptsächlich in Nigeria operierende und mit dem IS verbündete Boko Haram am Drogenhandel beteiligt.

Aufgrund der von den Autoren der Studie selbst diagnostizierten lückenhaften Datenlage gelingt es dementsprechend auch nicht, eine globale Gesamtübersicht des Nexus' zwischen dem im Bereich der organisierten Kriminalität angesiedelten Drogenanbau, der Produktion und dem Schmuggel einerseits und dem Terrorismus andererseits herzustellen. Den Autoren ist dies durchaus bewusst Entsprechend rufen sie die Staatengemeinschaft dazu auf, sich vermehrt und proaktiver an dem Erheben und Teilen von Daten zu betätigen, um so zu einem besseren Ver-

ständnis des Zusammenspiels der in diesem Bereich vorhandenen Dynamiken und Wechselwirkungen beizutragen.

Die klare Schwäche ist zugleich aber auch die grösste Stärke des Berichts. Denn trotz der lückenhaften Datengrundlage und der daraus folgenden unvollständigen Abhandlung des Kernthemas liegt der Mehrwert des Berichts darin, dass die Autoren der Studie, bedingt durch die institutionelle Position der UNODC, einen einmaligen Zugang zu teils sensiblen Daten aus UNO Mitgliedsstaaten haben und somit den aktuellen Stand der Kenntnisse zum Thema zwar unvollständig, aber doch so gut wie sonst nirgends wiedergeben können. Neben der an und für sich wertvollen Zeitreihe der Dokumentation der Entwicklung der globalen Trends im Bereich der Drogenproduktion, des Konsumverhaltens sowie der gesundheitlichen Auswirkungen des Drogenmissbrauchs trägt dieser Bericht mit seinem diesjährigen Fokusthema auch zu einem besseren Verständnis des Zusammenhangs zwischen Terrorismus und organisierter Drogenkriminalität bei. Somit bietet dieser Bericht jedem sich für dieses Thema Interessierenden einen entsprechenden Mehrwert.

<https://www.unodc.org/wdr2017/index.html>

Tom Keatinge, Anne-Marie Barry: *Disrupting Human Trafficking: The Role of Financial Institutions*. London: Royal United Services Institute. März 2017

Besprochen von **Fabien Merz**, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich
E-Mail: fabien.merz@sipo.gess.ethz.ch

<https://doi.org/10.1515/sirius-2018-0017>

Schätzungen zufolge werden weltweit jedes Jahr 20.9 Millionen Personen Opfer von Menschenhandel. Allein in der Europäischen Union und in Industrieländern werden mit Menschenhandel jährlich 46.9 Milliarden USD umgesetzt. Der Finanzdienstleistungsbereich ist im Gegensatz zu anderen Industriezweigen mit langen Wertschöpfungsketten weniger direkt von Problemen rund um Menschenhandel und illegale Ausbeutung von Arbeitskräften betroffen. Dementsprechend kam diesem Thema in der Finanzdienstleistungsbranche länger weniger Aufmerksamkeit zu. Da Akteure aus dieser Branche aber Zugang zu Finanzdaten von Opfern wie auch von Tätern haben, befinden sie sich in der Position, einen potenziell einmaligen Beitrag zur Bekämpfung von Menschenhandel und der damit zusammenhängenden illegalen Ausbeutung von Arbeitskräften zu leisten.

Vor allem in den USA und dem Vereinigten Königreich versuchen Strafverfolgungsbehörden dement-

sprechend vermehrt, auf die Fähigkeiten von Banken und Geld-Servicegeschäften, welche bei der Bekämpfung dieser Verbrechen von Nutzen sein könnten, zurückzugreifen. Die im Rahmen dieser Studie mit im Vereinigten Königreich beheimateten Finanzdienstleistern geführten Gespräche lassen erkennen, dass neuerdings auch diese vermehrt auf mit Menschenhandel zusammenhängende Problematiken achten. Zum Teil wurden bereits konkrete Massnahmen wie spezifische Schulungen zur Sensibilisierung des Personals ergriffen und eine verbesserte Kooperation innerhalb der Branche sowie mit den Strafverfolgungsbehörden vorangetrieben. Diese Massnahmen haben laut den Studienautoren mitunter dazu beigetragen, im Bereich der illegalen Ausbeutung von Arbeitskräften kriminelle Unterfangen aufzudecken.

Im Bereich der Bekämpfung des Menschenhandels stehen Akteure der Finanzdienstleistungsbranche laut den Studienautoren aber auch vor einer gewissen Anzahl von Herausforderungen. Dazu gehören unter anderem das Erkennen von mit Menschenhandel zusammenhängenden Geldströmen, die automatisierte Risikofaktorenüberprüfung sowie die personalintensive manuelle Überprüfung von verdächtigen Transaktionsflüssen. Ferner wichtig sind der erhöhte Bedarf an einer noch effizienteren Kooperation innerhalb des Finanzsektors wie auch mit den Strafverfolgungsbehörden und mit in diesem Bereich arbeitenden NGOs. Trotz dieser Herausforderungen halten die Studienautoren fest, dass es von Seiten der Finanzbranche ein starkes Interesse zu geben scheint, sich in diesem Bereich noch stärker zu engagieren.

Ziel des Berichts ist es, Wege aufzuzeigen, wie das aufkeimende Engagement des britischen Finanzdienstleistungssektors im Bereich der Bekämpfung des Menschenhandels aufrechterhalten und optimiert werden kann. Ganz besonders wird in diesem Zusammenhang empfohlen, den Austausch mit Strafverfolgungsbehörden und in diesem Bereich arbeitenden NGOs weiter zu verstärken. Dies, um sich unter anderem ein besseres Bild davon zu machen, wie an Menschenhandel beteiligte Akteure vorgehen, um diese Erkenntnisse anschliessend bei der Schulung von Mitarbeitern und der Festlegung von Compliance-Prozeduren miteinzubeziehen.

Obwohl sich der Bericht spezifisch auf den britischen Finanzsektor bezieht, ist das Abstraktionsniveau der Abhandlung und vor allem der abgegebenen Empfehlungen doch hoch genug, dass letztere – natürlich mit entsprechenden Anpassungen an den jeweiligen lokalen Kontext – auch für nicht in der angelsächsischen Welt beheimatete Finanzdienstleistungssektoren eine gewisse Relevanz aufweisen dürften. Dies gilt vermutlich ganz